



Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

# **HANDBUCH**

## **FÜR DIE ANWENDUNG DES**

### **SOCIAL PLANNING INSTRUMENTS (SPI)**

<b>Organisation</b>	<b>AidA</b>
<b>Authors</b>	<b>Elke Klien, Gabriele Greussing</b>
<b>Delivery date</b>	01 October 2019
<b>Status</b>	Final Draft
<b>Distribution level</b>	Public



Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

## Inhaltsverzeichnis

1. Das Projekt PlurAlps	4
2. Das Social Planning Instrument (SPI)	4-5
3. Der Prozess in den Gemeinden	
3.1. Schritte	5
3.2. Ergebnisse	5
3.3. Weiterführung	6
4. Das Online Tool	6
5. Die Indikatoren	
5.1. Statistische Daten	7-8
5.2. Handlungsfeld 1: Verwaltung, Information und Öffentlichkeitsarbeit	8-9
5.3. Handlungsfeld 2: Partizipation und bürgerschaftliches Engagement	10-11
5.4. Handlungsfeld 3: Wohnen und Lebensraum	11-13
5.5. Handlungsfeld 4: Bildung	13-14
5.6. Handlungsfeld 5: Arbeit	15-16
5.7. Handlungsfeld 6: Gesundheit, Pflege und Betreuung	16-17
5.8. Handlungsfeld 7: Mobilität und Nahversorgung	17-19
5.9. Handlungsfeld 8: Kultur und Freizeit	19-20
5.10. Handlungsfeld 9: Zuwanderung, Integration	21-22
6. Kontakt und Informationen	22

## **1. Das Projekt PlurAlps**

Der Alpenraum durchlebt in den kommenden Jahren die kombinierten Herausforderungen durch eine alternde Bevölkerung und neue Migrationsmodelle. Daraus ergeben sich aber auch Möglichkeiten für soziale Innovation durch Vielfalt und einen bewusst verfolgten Pluralismus. Vor allem ländliche Regionen und Berggebiete brauchen neue Ansätze für eine gut verankerte Willkommenskultur. PlurAlps zielt darauf ab, Gemeinden, Unternehmen und die Zivilgesellschaft bei der Entwicklung einer Willkommenskultur zu unterstützen und dadurch die Attraktivität und den sozialen Zusammenhalt im ländlichen Raum zu stärken.

Das Gemeindefnetzwerk „Allianz in den Alpen“ arbeitet in diesem Projekt gemeinsam mit den Pilotgemeinden in 7 Alpenstaaten an der Entwicklung eines Instruments für die mittel- und langfristige Sozialplanung in Kommunen. Die Gemeinden arbeiten vor allem im Zeitraum 04/2018 – 09/2019 mit und werden von geschulten GemeindebetreuerInnen begleitet.

## **2. Das Social Planning Instrument (SPI)**

Kommunen bieten eine Vielzahl von Dienstleistungen und Angeboten an. Sehr oft gibt es jedoch keinen Überblick über die gesamte Palette und damit auch keine übersichtliche Darstellung für die Bevölkerung, beispielsweise auf der Website. Viele Einrichtungen, Vereine und Personen bieten Dienstleistungen an, sind jedoch untereinander nicht vernetzt. Statt einer Abstimmung der Angebote und Nutzung von Synergien kommt es oft zu Doppelgleisigkeiten, die unter Umständen auch zusätzliche Kosten verursachen. Eine langfristige fachübergreifende Planung findet selten statt.

Sozialplanung fördert den Zusammenhalt und die Entwicklung in Gemeinden und Regionen. Das SPI unterstützt eine mittel- und langfristige Sozialplanung, welche sowohl die Belange der Einheimischen als auch der Neuzugezogenen berücksichtigt.

Das SPI besteht aus folgenden Teilen: dem Prozess in der Gemeinde, einem Fragenkatalog in Form eines benutzerfreundlichen Online-Tools und einem Handbuch.

Der Fokus liegt auf den zentralen Fragen:

- Welche Lebensqualität finden Bevölkerung sowie Zuwanderinnen und Zuwanderer vor? Wie lässt sich diese steigern?
- Welche Angebote in einer Gemeinde unterstützen eine rasche Integration aller Formen der Zuwanderung – von Binnenwanderung bis hin zur Fluchtmigration?

Lebensqualität ist ein Querschnittsthema. Daher können diese Fragen nur durch einen gemeinschaftlichen Prozess beantwortet werden. Es empfiehlt sich, die Lebensqualität in der Gemeinde in einer möglichst breit angelegten Arbeitsgruppe einzuschätzen und weiter zu entwickeln.

### **3. Der Prozess in den Gemeinden**

#### **3.1. Schritte:**

- Beschluss des zuständigen Gemeindegremiums am Projekt PlurAlps als Pilotgemeinde teilzunehmen
- Abschluss einer Vereinbarung mit dem Gemeinденetzwerk „Allianz in den Alpen“
- Kontaktaufnahme mit den ProzessbegleiterInnen
- Bildung einer Steuerungsgruppe
- Vorstellung des Online Tools in der Projektsteuerungsgruppe incl. aller direkt am Projekt beteiligten Personen
- Schulung von Gemeindebediensteten
- Ausfüllen des Online-Tools durch Gemeindebedienstete
- Bildung einer Arbeitsgruppe mit lokalen und regionalen Stakeholdern
- Durchführung von zwei Workshops:
  - Ergänzung der Angebote und Dienstleistungen im Online-Tool
  - Bewertung der einzelnen Indikatoren (Selbstevaluation)
  - Erarbeitung eines Aktionsplans mit Massnahmen
  - Priorisierung der Massnahmen
  - Vorschlag für die Durchführung mindestens einer Massnahme im Projektzeitraum
- Öffentliche Veranstaltung in der Gemeinde zur Präsentation der Ergebnisse
- Teilnahme am internationalen Erfahrungsaustausch der Pilotgemeinden (mindestens je einmal 2018 und 2019)
- Feedback zum Prozess für die Weiterentwicklung des Instrumentes (laufend durch Rückmeldungen der ProzessbegleiterInnen)

#### **3.2. Ergebnisse:**

Am Ende des Prozesses liegt Folgendes vor:

- Eine Einschätzung des Ist-Standes der vorhandenen Lebensqualität in der Gemeinde
- Eine grafische Darstellung der Bewertung als Grundlage für Veröffentlichungen
- Eine Zusammenstellung der Angebote und Dienstleistungen als Basis für Weiterentwicklungen
- Ein Aktionsplan mit Ideen für Verbesserungen und Anpassungen
- Vorschläge zur Umsetzung von ersten Massnahmen

### **3.3. Weiterführung:**

Für die mittel- und langfristige Sozialplanung in der Gemeinde ist es wesentlich, den Prozess in regelmäßigen Abständen (z.B. alle zwei oder drei Jahre) zu wiederholen. Im Online Tool ist die Möglichkeit zur Beobachtung der Entwicklung vorgesehen. Nach neuerlichem Befüllen des Tools zwei oder drei Jahre später kann ein Indikatoren-Trend abgefragt werden. Dadurch werden die Veränderungen in der Gemeinde sichtbar gemacht.

## **4. Das Online Tool**

Der Fragenkatalog in Form eines Online Tools ermöglicht eine Einschätzung der aktuellen Lebensqualität, die ZuwandererInnen in der Gemeinde vorfinden.

Das Online Tool ist benutzerfreundlich und übersichtlich gestaltet. Es steht in fünf Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Slowenisch) zur Verfügung. Das Tool enthält einen Fragenkatalog mit Indikatoren zu statistischen Daten, zur Organisation der Gemeinde und zu den vorhandenen Dienstleistungen und Angeboten. Die Indikatoren sind in folgende Handlungsfelder gegliedert:

0. Statistik
1. Verwaltung, Information und Öffentlichkeitsarbeit
2. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement
3. Wohnen und Lebensraum
4. Bildung
5. Arbeit
6. Gesundheit, Pflege und Betreuung
7. Mobilität und Nahversorgung
8. Kultur und Freizeit
9. Zuwanderung, Integration

Zu den einzelnen Indikatoren sind Beschreibungen und Bewertungshinweise abrufbar. Zur Dokumentation und zum Nachweis der Einschätzung bzw. Bewertung können Dokumente hochgeladen werden.

Am Ende des Bewertungsprozesses ist das Ergebnis in Form von Diagrammen sichtbar.

## 5. Indikatoren

### 5.1. Statistische Daten:

- Bevölkerung
  - Stichtag Eingabezeitraum.
  - Zusätzlich Upload der Bevölkerungspyramide, aufgesplittet nach Geschlecht und Jahrgängen.
- Fläche (km<sup>2</sup>)
- Anzahl Ortsteile
- Anzahl Geburten
  - Stichtag 31.12. des letzten Kalenderjahres
- Anzahl Sterbefälle
  - Stichtag 31.12. des letzten Kalenderjahres
- Anzahl Personen mit Zweitwohnsitzen
- Anzahl Haushalte
- Anzahl Ein-Personen-Haushalte
- Anzahl Gästebetten
- Anzahl Nächtigungen
  - Im letzten Kalenderjahr
- Anzahl Vereine
- Anzahl AsylbewerberInnen
- Anzahl Vereinsmitglieder
  - Gesamtzahl und aufgesplittet nach Alter 0 - 18, 19 - 60 und 60+
- Anzahl gemeinnützige Wohnungen
  - Wohnungen, die über eine Genossenschaft oder gemeinnützige Gesellschaft angeboten werden. Die Gemeinde hat Mitspracherecht bei der Vermittlung bzw. Vergabe.
- Anzahl Wohnungssuchende
- Anzahl öffentliche Spielplätze
- Anzahl Jugendräume, -treffs
- Anzahl Sportplätze und -stätten
- Anzahl Bewegungsräume und -plätze
  - z.B. Parks, Themenwege, Skaterpark, Snowboard Funpark
- Anzahl Schulen
  - Pflichtschulen, weiterführende Schulen, Sonderformen
- Anzahl Kinder 0 - 3 Jahre in Kleinkinderbetreuungen
- Anzahl Kinder im Kindergarten
- Anzahl Kinder in Schulen
  - Pflichtschulen, weiterführende Schulen, Sonderformen
- Anzahl NEET ohne Schul- oder Berufsabschluss
  - NEET = people not in employment, education or training = Personen ohne Arbeit, Bildung oder Ausbildung
- Anzahl Betriebe
- Anzahl Lehrstellen
  - Ausbildungsstellen in Betrieben (= duale Ausbildung)

- Anzahl Arbeitsplätze
- Anzahl Arbeitslose
- Anzahl Haushalte mit einem oder mehreren Mitgliedern über 65 Jahre
- Anzahl Personen in häuslicher Pflege
- Anzahl Pflegebetten und Betreuungsplätze
  - Betrifft auch Kurzzeitpflege und Tagesbetreuung
- Anzahl der ÖPNV-Linien
  - Bus- und Zug-Linien, die in die Gemeinde führen, und innerhalb des Gemeindegebietes (z.B. Ortsbus)
- Anzahl Lebensmittelgeschäfte
  - Geschäfte mit vollem Sortiment, keine Discountgeschäfte
- Anzahl Nahversorgungsbetriebe (Grundversorgung ohne Lebensmittel)
  - Definition Nahversorgung: Angebot an Waren in der Bandbreite von kurz- bis langfristigem Bedarf sowie öffentliche und private Dienstleistungen. Z.B.: Bank, Post, Gastronomie, medizinische Versorgung, Kulturstätten etc.
- Anzahl kultische Einrichtungen
  - z.B. Kirchen, Pfarrheime, Moscheen, Gebetsräume
- Erschließungsgrad Haushalte mit Breitband-Internet in %
  - Breitbandatlas des jeweiligen Staates als Quelle verwenden
- Erschließungsgrad Betriebe mit Breitband-Internet in %
  - Breitbandatlas des jeweiligen Staates als Quelle verwenden
- Anzahl zugezogene Personen
  - Im letzten Kalenderjahr
- Anzahl weggezogene Personen
  - Im letzten Kalenderjahr

## **5.2. Handlungsfeld 1: Verwaltung, Information und Öffentlichkeitsarbeit**

Der niederschwellige Kontakt ist eine wichtige Basis für die Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Verwaltung. Neben Informationen über Gemeindeaktivitäten, Veranstaltungen, Angebote, Öffnungszeiten und einem administrativen Service sind auch Plattformen wichtig, die es Vereinen oder VeranstalterInnen ermöglicht, selber aktiv zu kommunizieren. Ein barrierefreier Zugang zu Informationen (Mehrsprachigkeit, Dolmetschung bei Bedarf) ist eine Bereicherung.

Ein zeitgemäßer Bürgerservice (Kontaktstelle, Informationen für die Bevölkerung, benutzerfreundliche Website) macht es den BewohnerInnen leichter und stärkt die Identifikation mit ihrer Gemeinde. Er zeichnet sich durch klare Verantwortlichkeiten aus, damit die BürgerInnen wissen, mit wem sie über ihre Anliegen sprechen können.

### **1.1. Strategien, Steuerung**



1.1.1. Welche Leitbilder, Leitsätze, Konzepte gibt es für die Inhalte dieses Handlungsfeldes?

z.B. Geschäftsordnung, Kommunikationskonzept, eventuell auch Teil eines Gesamtleitbildes

1.1.2. Wie wird die Zielerreichung dieser Leitlinien überprüft?

## 1.2. Verantwortung, Zuständigkeit

1.2.1. Ist jemand in der Verwaltung zuständig für Öffentlichkeitsarbeit? Und wer ist das?

## 1.3. Kooperationen, Vernetzung

1.3.1. Welche Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen und sonstigen Einrichtungen gibt es?

z.B. gemeinsame Baurechtsverwaltung, Regionszeitung, Regionswebsite, Tourismusverband

## 1.4. Bürgerservice

1.4.1. Wie ist die erste Anlaufstelle für BürgerInnen organisiert?

z.B. Öffnungszeiten für Berufstätige, Infopoint, Mehrsprachigkeit in der Verwaltung, bei Bedarf Vermittlung zu anderen Stellen (in der Gemeindeverwaltung und außerhalb)

1.4.2. Welche Möglichkeiten hat die Bevölkerung Verbesserungsvorschläge, Missstände und ähnliches zu melden?

## 1.5. Öffentlichkeitsarbeit

1.5.1. Wie benutzerfreundlich ist die Website?

1.5.2. Welche Informationskanäle stehen der Gemeinde für die Bekanntmachung der Dienstleistungen, Angebote, Veranstaltungen zur Verfügung?

z.B. Website, Bürgermeisterbriefe, Gemeindezeitungen, lokales Radio und Fernsehen, soziale Medien, zielgruppenorientierte Information

1.5.3. Wie organisiert die Gemeinde die Verwaltung eines Veranstaltungskalenders?

1.5.4. Wie wird die Bevölkerung zu Veranstaltungen eingeladen?

1.5.5. Wie erfolgt die laufende Berichterstattung über soziale Belange?

### **5.3. Handlungsfeld 2: Partizipation und bürgerschaftliches Engagement**

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement sind ein sozialer Reichtum in der Gemeinde, der anzeigt, in welchem Ausmaß sich die BürgerInnen für ihre eigenen Angelegenheiten und die eigene Gemeinde engagieren.

Dieses Engagement kann auf struktureller Ebene beispielsweise durch fixe AnsprechpartnerInnen in Verwaltung und Politik unterstützt werden. Partizipation trägt zur Unterstützung von Entscheidungsprozessen bei. Die BürgerInnen werden als "PartnerInnen" gesehen. Finanzielle Förderungen von Vereinen und Initiativen nach transparenten Richtlinien stärken das bürgerschaftliche Engagement.

Für die Entwicklung einer Gemeinde ist es empfehlenswert, unkomplizierte Verfahren für Partizipation anbieten zu können. Damit werden BürgerInnen und Vereine ermutigt, sich an wichtigen Themen der Gemeindegestaltung zu beteiligen.

#### **2.1. Strategien, Steuerung**

2.1.1. Welche Leitbilder, Leitsätze, Konzepte gibt es für die Inhalte dieses Handlungsfeldes?

z.B. Sozialleitbild, Beteiligungssatzung, eventuell auch Teil eines Gesamtleitbildes

2.1.2. Wie wird die Zielerreichung dieser Leitlinien überprüft?

#### **2.2. Verantwortung, Zuständigkeit**

2.2.1. Ist jemand in der Verwaltung zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

2.2.2. Ist jemand auf politischer Ebene zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

#### **2.3. Kooperationen, Vernetzung**

2.3.1. Welche Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen und sonstigen Einrichtungen gibt es?

z.B. Erfahrungsaustausch, gemeinsame Projekte mit Bürgerbeteiligung, Kooperationen mit Organisationen wie unbezahlte Beschäftigung oder Praktikum von Jugendlichen in sozialen Einrichtungen

2.3.2. Wie erfolgen der Dialog und die Vernetzung (Vereine, Freiwillige, Gruppen und Initiativen mit der Gemeinde und untereinander)?

#### **2.4. Partizipation**

2.4.1. In welcher Form wird die Bevölkerung an Planungsprozessen beteiligt?

2.4.2. Welche niederschweligen Möglichkeiten hat die Bevölkerung Anregungen und Ideen einzubringen?

z.B. mit VertreterInnen der Gemeinde (Bürgersprechstunden), Briefkasten, Online-Meldungen, Bürgerversammlungen

2.4.3. Welche Massnahmen gibt es, die Menschen mit Beeinträchtigungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Gemeinde ermöglichen?

z.B. Hol- und Bringdienste, Besuchsdienste, Auswahl barrierefreier Veranstaltungsorte, Beschäftigung im Gemeindedienst

## 2.5. Bürgerschaftliches Engagement

2.5.1. Welche Initiativen und andere Gruppen bürgerschaftlichen Engagements gibt es in der Gemeinde?

z.B. Bürgerinitiativen, Gruppen ohne Vereinsstrukturen, über längere Zeit tätige Arbeitsgruppen

2.5.2. Wie wird die Bevölkerung zum bürgerschaftlichen Engagement eingeladen?

z.B. Vorstellung der Initiativen und Aufruf zur Beteiligung in gemeindeeigenen Medien, auf Bürgerversammlungen, durch persönliche Ansprache, in eigenen Veranstaltungen, in der die Initiativen vorgestellt werden, durch zielgruppenorientierte Schreiben

## 2.6. Vereinsleben

2.6.1. In welcher Form unterstützt die Gemeinde Vereine und Initiativen?

z.B. Förderungen, Räumlichkeiten, gemeinsamer Veranstaltungskalender, Aufträge an Vereine (zur Bewirtung oder Ausrichtung eines Festes), Unterstützung in der Verwaltung von Vereinen (Buchhaltung), Büroinfrastruktur der Gemeinde (für Kopien)

## **5.4. Handlungsfeld 3: Wohnen und Lebensraum**

Leistbares Wohnen ist ein wichtiges Grundbedürfnis. Gute Wohnraummodelle achten auf die unterschiedlichen Bedürfnisse, die sich im Lebenszyklus der BewohnerInnen und für Menschen mit Beeinträchtigungen ergeben. Interkommunale und regionale Kooperationen sind von Vorteil für die Schaffung von leistbarem Wohnraum.

Der öffentliche Raum wird als Teil des Lebensraumes und als Ort der Begegnung des gesellschaftlichen Lebens gesehen. In der Gestaltung werden die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Gruppen (z.B. Kinder und Jugendliche, beeinträchtigte Menschen) berücksichtigt.

### 3.1. Strategien, Steuerung

3.1.1. Welche Leitbilder, Leitsätze, Konzepte gibt es für die Inhalte dieses Handlungsfeldes?

z.B. Sozialleitbild, eventuell auch Teil eines Gesamtleitbildes, Richtlinien zum Erwerb von gemeindeeigenen Grundstücken für Familien und/oder junge Menschen, Konzepte für die Errichtung von leistbarem Wohnraum, Vergaberichtlinien für gemeinnützige/Sozial-/Gemeinde-Wohnungen, Konzepte für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

3.1.2. Wie wird die Zielerreichung dieser Leitlinien überprüft?

### 3.2. Verantwortung, Zuständigkeit

3.2.1. Ist jemand in der Verwaltung zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

3.2.2. Ist jemand auf politischer Ebene zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

### 3.3. Kooperationen, Vernetzung

3.3.1. Welche Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen und sonstigen Einrichtungen gibt es?

z.B. Kooperationen mit Genossenschaften (gemeinnützigen Gesellschaften) zur Errichtung von sozialem Wohnbau, Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden zur Vermittlung von Wohnraum

### 3.4. Wohnen

3.4.1. Wie wird bei der Wohnungssuche unterstützt?

3.4.2. Wie erfolgt die Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen?

3.4.3. Welche Bemühungen gibt es, leerstehenden Wohnraum nutzbar zu machen (Leerstandsmanagement)?

z.B. Erfassung des Leerstandes, Analyse der Gründe, Unterstützung bei Vermietung, Vermittlung bei Verkauf

3.4.4. Gibt es Krisen- und Notwohnungen?

z.B. Krisenwohnung bei Gewalt in der Beziehung oder Notwohnung für Opfer von Bränden und Naturkatastrophen

### 3.5. Lebensraum

3.5.1. Welche Massnahmen zur Gewährleistung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden werden umgesetzt?

3.5.2. Gibt es für bestimmte Gruppen bevorzugte Treffpunkte?  
z.B. Familien mit Kleinkindern, Jugendliche, ältere Menschen

3.5.3. Wie werden lokale und soziale Brennpunkte (Konfliktzonen) in der Gemeinde behandelt?

z.B. vor oder hinter öffentlichen Bauten (insbesondere Schulen), auf Spielplätzen oder öffentlichen Plätzen, in Parks, rund um Jugendtreffs/-zentren

## **5.5. Handlungsfeld 4: Bildung**

Bildung stellt das formale „Kulturkapital“ von Menschen dar und unterstützt sie darin an ihrer „geistigen“ Mobilität zu arbeiten. Je breiter dies angelegt ist, umso besser sind die Chancen, sich mit anderen Menschen auszutauschen und sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten.

Das Thema „Lebenslanges Lernen“ sollte ein Schwerpunkt in der Gemeinde und für die Gemeinde sein. Dies wird durch koordinierte Bildungsangebote und Kooperationen, insbesondere mit Schulen und Institutionen im Bereich Erwachsenenbildung, unterstützt.

Die Aufrechterhaltung und regelmäßige Kontaktpflege zu BürgerInnen, die zu Ausbildungszwecken den Wohnort verlassen haben, ist sehr wichtig für eine Anbindung und Identifikation mit der Gemeinde. Möglichkeiten zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erleichtern und unterstützen eine eventuelle Rückkehr nach Abschluss einer Ausbildung.

Arbeitende Eltern werden durch das Angebot von Betreuungsformen zu sozial gestaffelten Tarifen entlastet.

### **4.1. Strategien, Steuerung**

4.1.1. Welche Leitbilder, Leitsätze, Konzepte gibt es für die Inhalte dieses Handlungsfeldes?

z.B. Kindergarten-Konzept, eventuell auch Teil eines Gesamtleitbildes

4.1.2. Wie wird die Zielerreichung dieser Leitlinien überprüft?

### **4.2. Verantwortung, Zuständigkeit**

4.2.1. Ist jemand in der Verwaltung zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

4.2. Verantwortung, Zuständigkeit 4.2.2. Ist jemand auf politischer Ebene zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

### 4.3. Kooperationen, Vernetzung

4.3.1. Welche Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen und sonstigen Einrichtungen gibt es?

z.B. gemeinsame Schulen, regionale Springer-Dienste, Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten, Zusammenarbeit mit Elternvereinen, mit Betrieben, regional organisierte Ferienbetreuung

4.3.2. Wie erfolgen der Dialog und die Vernetzung (Einrichtungen mit der Gemeinde und untereinander)?

z.B. regelmässige Besprechungen mit Schulen und Kindergärten, Bedarfsplanung mit Schulen, Schulforum

### 4.4. Bildung

4.4.1. Wie sind die Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen (Kindergarten-Pflichtschule, Pflichtschule-höhere Schule) sowie zwischen Schule und Beruf gestaltet? Gibt es Aktivitäten, um Übergänge zu erleichtern?

z.B. gegenseitige Besuche zum Kennenlernen der neuen Bezugspersonen und Räumlichkeiten, Weitergabe von Unterlagen, Schnuppern in Betrieben, Infotage über Schultypen und Ausbildungsmöglichkeiten

4.4.2. Welche Aktivitäten zur Einbindung von Eltern werden gesetzt?

z.B. ehrenamtliche Mittagsbetreuung, Schülerlotsen-Dienst, Schulforum, Lernhilfe, Fahrdienste

4.4.3. Welche Angebote im Bereich Erwachsenenbildung gibt es?

z.B. Kurse zur Ausbildung und Weiterbildung (nicht nur von der Gemeinde organisiert)

4.4.4. Wie unterstützt die Gemeinde die Anbindung der jungen EinwohnerInnen, die zu Ausbildungszwecken den Wohnort verlassen?

z.B. Einladung zu jährlichen Treffen, Angebote von Vereinen für diese Zielgruppe, Gemeindezeitung nachsenden

### 4.5. Betreuung

4.5.1. Welche Angebote und Strukturen für Kinder- und Schülerbetreuung gibt es über Mittag und nach dem Unterricht?

Für welche Altersgruppen? Kann die Betreuungsperson (berufstätige Mutter) auch daran teilnehmen?

4.5.2. Welche Angebote für Sommer- bzw. Ferienbetreuung gibt es?

## **5.6. Handlungsfeld 5: Arbeit**

Arbeit in ihrem Wohnort oder der näheren Umgebung ist für viele Menschen eine wichtige Voraussetzung für ein Verbleiben in der Gemeinde. Die Gemeinde kann selbst nur eine geringe Anzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen und hat wenig Einfluss auf die Anzahl der Arbeitsplätze. Allerdings kann sie sich bemühen, in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und der Wirtschaft die Standortqualität zu verbessern. Die Stärkung von lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen erhält die Arbeitsplätze der Klein- und Mittelbetriebe.

Die Gemeinde kann Infrastruktur zur Vernetzung und Beratung anbieten (Lehrlingsbörsen, Beratung zu Weiterbildung). Besonders gefordert ist die Gemeinde bei der Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen und AsylbewerberInnen.

### **5.1. Strategien, Steuerung**

5.1.1. Welche Leitbilder, Leitsätze, Konzepte gibt es für die Inhalte dieses Handlungsfeldes?

Eventuell auch Teil eines Gesamtleitbildes

5.1.2. Wie wird die Zielerreichung dieser Leitlinien überprüft?

### **5.2. Verantwortung, Zuständigkeit**

5.2.1. Ist jemand in der Verwaltung zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

5.2.2. Ist jemand auf politischer Ebene zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

### **5.3. Kooperationen, Vernetzung**

5.3.1. Welche Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen, Unternehmen und sonstigen Einrichtungen gibt es?

z.B. regionale Lehrlingsbörsen, Börse für SaisonarbeiterInnen, Kooperation bei Betriebskindergärten und -krippen, Kooperation mit Wirtschaftsgemeinschaften, gemeinsame Projekte zur Anwerbung von Fachkräften, gemeinsame Veranstaltungen wie Tage der Wirtschaft, Tag der offenen Türen in einer oder mehreren Firmen

5.3.2. Wie erfolgen der Dialog und die Vernetzung (Organisationen und Unternehmen mit der Gemeinde und miteinander)?

z.B. Stammtische oder andere Austauschformen für Unternehmen, Wirtschaftsgemeinschaften, Einbezug bei Planungsprozessen

### **5.4. Stärkung der Wirtschaft**

5.4.1. Welche wirtschaftsfördernden Maßnahmen gibt es?  
z.B. Lehrlingsbörse, Gutscheine, Regionalwährung

#### 5.5. Integration in den Arbeitsmarkt

5.5.1. Wie werden Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung unterstützt?

5.5.2. Welche Möglichkeiten der Beschäftigung gibt es für Asylbewerber?

### **5.7. Handlungsfeld 6: Gesundheit, Pflege und Betreuung**

Dieses Handlungsfeld wird durch den demografischen Wandel (wachsender Anteil der älteren Bevölkerung) eine zunehmende Herausforderung für Gemeinden.

Die Vielzahl von Angeboten erfordert besonders in diesem Feld eine Koordination durch die Gemeinde. Eine der Aufgaben ist die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung und des Pflege- und Betreuungsangebotes vor Ort bzw. in regionalen Verbänden. Vereine und andere AnbieterInnen von Betreuungs- und Beratungsangeboten sollten eingebunden werden.

Es ist wichtig, gemeinsam mit allen Stakeholdern neue und innovative Modelle zu entwickeln, die den jeweiligen Bedürfnissen und Rahmenbedingungen angepasst sind.

Informationen zu präventiven Massnahmen in der Gesundheitsversorgung (Ernährung, Krankheit, Entlastung pflegender Angehöriger, Drogen, Gewalt) unterstützen die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung. Überall dort, wo die Gemeinde als öffentlicher Versorger auftritt (z.B. Schulen, Pflegeheime), soll auch eine bewusste Ernährungsstrategie verfolgt werden.

#### 6.1. Strategien, Steuerung

6.1.1. Welche Leitbilder, Leitsätze, Konzepte gibt es für die Inhalte dieses Handlungsfeldes?

z.B. Sozialleitbild, Pflegekonzept, eventuell auch Teil eines Gesamtleitbildes

6.1.2. Wie wird die Zielerreichung dieser Leitlinien überprüft?

#### 6.2. Verantwortung, Zuständigkeit

6.2.1. Ist jemand in der Verwaltung zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

6.2.2. Ist jemand auf politischer Ebene zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?



### 6.3. Kooperationen, Vernetzung

6.3.1. Welche Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen oder sonstigen Einrichtungen gibt es?

z.B. mit Ärzten, Pflege- und Altersheimen, anderen Gemeinden/Regionen, Krankenpflegevereinen, Selbsthilfegruppen, punktuell bei Informationsveranstaltungen

6.3.2. Wie erfolgen der Dialog und die Vernetzung (alle Einrichtungen mit der Gemeinde und untereinander)?

### 6.4. Soziale Infrastruktur

6.4.1. Welche der folgenden Gesundheitsdienste und sozialen Angebote gibt es in der Gemeinde? Wenn nicht, in welcher Entfernung? Apotheke, Allgemeinmediziner, Pflegeheime, Altersheime.

6.4.2. Welche Unterstützungsangebote gibt es für die Betreuung und Pflege zu Hause?

z.B. Essen auf Rädern, Familienhilfe, Haushilfsdienste, Casemanagement, Hauskrankenpflege, Tagesbetreuung, Beratung der pflegenden Angehörigen

### 6.5. Beratung, Betreuung

6.5.1. Welche Beratungsangebote für Menschen mit Beeinträchtigung und deren Familien gibt es?

6.5.2. Wie wird in der Beratung, Betreuung und Pflege auf die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund eingegangen?

z.B. Übersetzung bei Beratungsgesprächen, Sprach- und Kulturkompetenzen bei Betreuungs- bzw. Pflegepersonal, Besuchszeiten

6.5.3. Welche Massnahmen der Prävention (z.B. Ernährung, Krankheit, Drogen, Gewalt) gibt es?

z.B. Wissensvermittlung über Ernährung (speziell für junge Familien), Schulprojekte zur Gewalt- und Drogenprävention, Schulung für das Verhalten im Straßenverkehr

## **5.8. Handlungsfeld 7: Mobilität und Nahversorgung**

Mobilität bzw. zielgruppenspezifische Erreichbarkeit der lokalen und regionalen Einrichtungen sind für ländliche Gemeinden wesentliche Faktoren für ihre Zukunftsfähigkeit. Die Daseinsgrundfunktionen – Wohnen, Arbeiten, Bildung, Einkaufen, Erholung – sollen durch ein passendes Mobilitätsangebot gewährleistet sein.

Die Gemeinde kann Anreize geben und die Kooperation von AkteurInnen fördern. Im weiteren kann sie flexible, innovative und klimaschonende Angebote unterstützen, umfassende Informationen bieten und zur Nutzung motivierender Initiativen einladen.

Strukturelle Kooperationen, um den Öffentlichen-Personen-Nahverkehr (ÖPNV) zu fördern, werden forciert.

### 7.1. Strategien, Steuerung

7.1.1. Welche Leitbilder, Leitsätze, Konzepte gibt es für die Inhalte dieses Handlungsfeldes?

z.B. Verkehrs- oder Mobilitätskonzept, eventuell auch Teil eines Gesamtleitbildes

7.1.2. Wie wird die Zielerreichung dieser Leitlinien überprüft?

### 7.2. Verantwortung, Zuständigkeit

7.2.1. Ist jemand in der Verwaltung zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

7.2. Verantwortung, Zuständigkeit 7.2.2. Ist jemand auf politischer Ebene zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

### 7.3. Kooperationen, Vernetzung

7.3.1. Welche Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen, Unternehmen und sonstigen Einrichtungen gibt es im Bereich Mobilität?

z.B. Verkehrsverbände, Zusammenarbeit mit Transportunternehmen für Nachttaxi- oder Sammeltaxi-Angebote

7.3.2. Welche Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen, Unternehmen und sonstigen Einrichtungen gibt es im Bereich Nahversorgung?

z.B. Dorfladen

### 7.4. Mobilität

7.4.1. Wie wird die Nutzung des ÖPNV gefördert?

z.B. Bewerbung, Schnupperticket, Ticket-Ausleihe, Bedarfsanalyse für die Fahrplangestaltung

7.4.2. Welche ergänzenden Angebote stehen zur Verfügung?

z.B. Carsharing, Ortsteilbusse, Sammeltaxis, Ruftaxis

7.4.3. Wie gut ist das Fuss- und Radwegenetz ausgebaut und nutzbar?  
Fahrradwege (km Anteil am Gesamtstraßennetz), Begegnungszonen, ergänzende Fusswege zum Straßennetz, Beschilderung, Räumung im Winter

7.4.4. Gibt es Anreize, Schul- und Arbeitswege zu Fuss oder mit dem Fahrrad zurück zu legen?  
z.B. Gutscheine, Wettbewerbe, Kostenbeitrag zum Ankauf von E-Fahrrädern und Kinderfahrradanhängern

7.4.5. Welche Aktivitäten im Bereich Mobilität werden zur Verbesserung des Standort-Marketings gesetzt?  
Ausbau und Gestaltung der Haltestellen, Verdichtung, Kooperation mit Unternehmen zur bewussten Mobilität und Nutzung des ÖPNV

## 7.5. Nahversorgung

7.5.1. Welche Massnahmen werden zur Sicherung der Nahversorgung (Grundversorgung) gesetzt?  
z.B. Gutscheine, Mietnachlässe, Werbekampagnen für den regionalen Einkauf, Vereinsförderung gekoppelt an regionalen Einkauf

## **5.9. Handlungsfeld 8: Kultur und Freizeit**

Kultur- und Freizeitangebote bestimmen zunehmend die Attraktivität von Wohngemeinden. Dabei sind sowohl die entsprechenden Infrastrukturen (Wanderwege, Kultursaal, Jugendmusikproberaum, ...) als auch Kulturveranstaltungen und Events wichtig.

Um Infrastrukturen zu erhalten sind Kooperationen innerhalb der Region (z.B. Hallenbad) sinnvoll und erstrebenswert.

Orte der Begegnung zu schaffen ist ein wesentlicher Faktor um Lebensqualität in der Gemeinde zu stärken. Ein starker Einbezug der Bevölkerung gewährleistet die Abdeckung möglichst vieler Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen (z.B. TouristInnen, Einheimische, Jugendliche).

### 8.1. Strategien, Steuerung

8.1.1. Welche Leitbilder, Leitsätze, Konzepte gibt es für die Inhalte dieses Handlungsfeldes?  
Eventuell auch Teil eines Gesamtleitbildes

8.1.2. Wie wird die Zielerreichung dieser Leitlinien überprüft?

## 8.2. Verantwortung, Zuständigkeit

8.2.1. Ist jemand in der Verwaltung zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

8.2.2. Ist jemand auf politischer Ebene zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

## 8.3. Kooperationen, Vernetzung

8.3.1. Welche Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen und sonstigen Einrichtungen gibt es?

z.B. Kooperationen mit Vereinen oder Einrichtungen bei Veranstaltungsreihen

## 8.4. Begegnungsorte

8.4.1. Wo findet in der Gemeinde Begegnung statt?

z.B. Festplätze, Spielplätze, Treffpunkte für Jugendliche, öffentliche Räume, Sportplätze, Vereinslokale

8.4.2. Wie ist die Nutzung der öffentlichen Bereiche geregelt?

z.B. öffentliche Plätze, Spielplätze, Sportplätze, Schulplätze in schulfreien Zeiten

8.4.3. Welche Versammlungsorte stehen den verschiedenen Religionszugehörigkeiten in der Gemeinde oder in der Region zur Verfügung?

## 8.5. Kultur- und Freizeitangebote

8.5.1. Welche Kultur- und Freizeitangebote gibt es für die Bevölkerung?

z.B. Kultur- und Naturführungen, Ausstellungen, Konzerte, Hobbykurse, Sprachkurse

8.5.2. Welche Kultur- und Freizeitangebote gibt es speziell für Kinder und Jugendliche?

z.B. Kindertheater-Aufführungen, Konzerte, Sportcamps für Kinder und Jugendliche, Ferien-Programme

8.5.3. Welche Kultur- und Freizeitangebote gibt es speziell für ältere Menschen?

z.B. Ausflüge, Fitnesskurse, Sicherheitskurse, Wanderungen, Theaterbesuche, Konzerte

## **5.10. Handlungsfeld 9: Zuwanderung, Integration**

Zuwanderung mag mitunter auch Irritationen bei denen auslösen, die schon immer in der Gemeinde leben. Zuwanderung kann auch eine Bereicherung in der Gemeinde darstellen, dazu bedarf es allerdings der Bereitschaft aufeinander zuzugehen, der gegenseitigen Neugierde und des Respektes. Je leichter zugewanderte Menschen Anschluss finden, die Sprache beherrschen und in die Arbeitswelt integriert sind, desto schneller fühlen sie sich heimisch und bringen sich ein.

Ein klar definiertes Konzept für Integration und gelingendes Zusammenleben ist für die Gemeinden hilfreich. Eine breite, koordinierte Palette an Angeboten (Sprachkurse, Freizeitaktivitäten, Mediationen) sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Begegnungsorten unterstützen dabei. Besonders wichtig ist die Vernetzung auf regionaler Ebene, sowohl mit anderen Gemeinden wie auch mit Einrichtungen und Unternehmen.

### **9.1. Strategien, Steuerung**

9.1.1. Welche Leitbilder, Leitsätze, Konzepte gibt es für die Inhalte dieses Handlungsfeldes?

z.B. Integrationsleitbild, eventuell auch Teil eines Gesamtleitbildes

9.1.2. Wie wird die Zielerreichung dieser Leitlinien überprüft?

### **9.2. Verantwortung, Zuständigkeit**

9.2.1. Ist jemand in der Verwaltung zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

9.2.2. Ist jemand auf politischer Ebene zuständig für dieses Handlungsfeld? Und wer ist das?

### **9.3. Kooperationen, Vernetzung**

9.3.1. Welche Formen der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen, Unternehmen und sonstigen Einrichtungen gibt es?

9.3.2. Wie werden ehrenamtlich tätige Menschen, die Neuankommende betreuen, begleitet und koordiniert?

### **9.4. Aufnahme in die Gemeinschaft**

9.4.1. In welcher Form erfolgt die Aufnahme in die Dorfgemeinschaft?

z.B. Koordinationsstelle, Willkommenspaket oder -mappe, Veranstaltung, Mentoren- bzw. Buddysystem

9.4.2. Wie erfolgt der Einbezug von Menschen mit migrantischem Hintergrund in die Entwicklung von Angeboten und Mitarbeit in Projekten?

9.4.3. Wie werden die in der Gemeinde herrschenden sozialen und kulturellen Werte, traditionellen Sitten und Bräuche vermittelt?

z.B. bei Willkommensabenden, Ortsteilstreffen und -festen, Vereinsveranstaltungen, Kursen, Exkursionen

#### 9.5. Sprachkompetenzen

9.5.1. Werden Informationen der Gemeinde mehrsprachig zur Verfügung gestellt? Wenn ja, in wievielen Sprachen und in welcher Form? Welche Informationen stehen mehrsprachig zur Verfügung (z.B. Abfallentsorgung, Anmeldung für Kindergarten oder Schule)?

9.5.2. Welche Angebote zum muttersprachlichen Unterricht gibt es?

9.5.3. Wie wird die Mehrsprachigkeit der Bevölkerung geschätzt und genutzt? z.B. Unterstützung und Mitwirkung in Aktivitäten wie Sprachkursen, Kochen in mehreren Sprachen, Sprachwanderungen etc., Übersetzungen für Neuankommende

#### 9.6. Zusammenleben

9.6.1. Wie wird der Aufbau der interkulturellen Kompetenz bei MitarbeiterInnen der Verwaltung, in Vereinen und Institutionen gefördert?

9.6.2. Welche Angebote und Initiativen/Projekte zur Förderung des Zusammenlebens werden angeboten?

z.B. Sprachkurse, Betreuung, Räumlichkeiten, Orientierungshilfen im Alltag, interkulturelle Mediation, Zugänge zu Vereinen, Jugendarbeit, spezielle Treffpunkte für Mädchen und Frauen

## **6. Kontakt und Informationen:**

Gemeindenetzwerk „Allianz in den Alpen“

Elke Klien, Projektmanagerin

T +43 664 400 64 34

E [elke.klien@alpenallianz.org](mailto:elke.klien@alpenallianz.org)

[www.alpenallianz.org](http://www.alpenallianz.org)